

Bericht

zur Diskussionsveranstaltung am 08.02.2018 mit Prof. Dr. Johannes Varwick, Universität Halle Wittenberg

Verfasser: Martin Lammert

Am 8. Februar 2018 war Professor Johannes Varwick, Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaften an der Universität Halle-Wittenberg auf Einladung des Arbeitskreises Sicherheitspolitik der Berliner SPD zu Gast in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages.

Johannes Varwick diskutierte mit Moderator Martin Lammert und dem zahlreich erschienenen Publikum über die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika nach einem Jahr Präsidentschaft Donald Trumps ebenso wie über die Frage nach dem mangelhaften Engagement der Bundesrepublik in internationalen Konflikten und im Rahmen der Krisenvorsorge.

Johannes Varwick stellte deutlich heraus, dass der Politikstil Trumps zwar gelegentlich als hektisch und erratisch empfunden werde, gleichzeitig allerdings weiterhin die Verlässlichkeit der USA im Nordatlantischen Bündnis gegeben sei. Insofern sei die „coherence of the alliance“ nicht ernsthaft in Frage gestellt, wenngleich die USA immer häufiger und lauter den Hinweis auf ein gerechtes „burden sharing“ an Deutschland und andere NATO-Mitgliedstaaten adressierten. Durch das Engagement der NATO im Rahmen der Operation „Enhanced Forward Presence“, die durch die Annexion der Krim durch Russland notwendig wurde, gäbe es schon durchaus so etwas wie eine einheitliche Bedrohungswahrnehmung im Bündnis, quer durch alle NATO-Mitgliedstaaten. Gleichwohl müsse allerdings auch hier der Hinweis erfolgreich, dass die Bedrohung durch Russland in Vilnius anders wahrgenommen werde als in Lissabon. Dies sei jedoch kein neues Phänomen und zeigte sich bereits im „Kalten Krieg 1.0“ bis zum Ende des „Eisernen Vorhangs“ im Jahr 1989/1990.

Für die deutsche Sicherheitspolitik spiele die NATO nach wie vor eine zentrale Rolle. Varwick skizzierte hier den Weg aus den Anfängen der NATO über die „bündnisrelevante Zeit“ des Kalten Krieges und die Neudefinierung im Rahmen von internationalen Stabilisierungseinsätze (Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Afghanistan usw.) bis ins Heute, wo die Allianz stärker als bisher politisch gefordert sei. Die Reorientierung zurück zur Landes- und Bündnisverteidigung – für Deutschland in der Mitte Europas eher die Bündnisverteidigung - lege hiervon Zeugnis ab. Deutschland sei mit Blick auf die bereit gestellten Fähigkeiten und die finanzielle Hinterlegung mahnte Varwick ein deutlich umfangreicheres

VORSTAND

Lucas Koppehl (Sprecher)
Simone Peuten (Sprecherin)
Yvonne Mockenhaupt
(Geschäftsführerin)
Beisitzer:
Fritz Felgentreu
Björn Hawlitschka
Mathias Kunz
Martin Lammert
Dierk Spreen
Michael Summerer
Oliver Teige
Alexander van den Busch

KONTAKT

Mail: ak-sipo@spd.berlin
Web:
www.spd.berlin/AK_Sicherheitspolitik

FACEBOOK

www.facebook.com/aksipo

Engagement Deutschlands an. Deutschland müsse, so Lammert in Ergänzung der Ausführungen Varwicks, den Anspruch auf Führung durch die Bereitschaft zum Engagement auch finanziell stärker als bisher verdeutlichen. Am Ende werde es darauf ankommen, glaubhafte Bündnissolidarität auch durch „...das, was auf dem Hof steht...“ zu dokumentieren. Varwick schloss mit einem Schmunzeln, gefragt, wo denn das Nordatlantische Bündnis in 10 Jahren stünde, die NATO müsse ebenso wie die nationalen Streitkräfte der Mitgliedsstaaten zukunftsfest gemacht werden. Schließlich sei die NATO militärisch nur so stark wie ihre Mitglieder.

Alles in allem bliebe die NATO ein ordnendes Element in der „internationalen Un-Ordnung“ – selbstverständlich kein allumfassendes, aber eben doch ein wichtiges. Die grundsätzliche Befähigung des Bündnisses zur Verteidigung des Bündnisgebietes wie auch die Handlungsmöglichkeiten im politischen wie militärischen Krisenmanagement sei für die internationale Stabilität nach wie vor von großer Bedeutung.

Hinweis auf die aktuellste Publikation zur Thematik:
Varwick, Johannes: NATO in (Un-) IOrdnung, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 2017